

# *Protokoll zur Besprechung Kultur-Ost*

*vom 28.10.2009*

## Grundsätzliches:

Das Projekt strebt eine Ausrichtung auf das Markenzeichen (1. Kulturregion der Steiermark) an. Die bereits präliminierten Fördermittel sind unter leistbarer Beteiligungen der Städte Weiz und Gleisdorf zu betrachten.

Bedenken gibt es gegen den Modus der Umsetzung durch eine private Firma bzw. Institution. Folgende Gründe sprechen dafür, dass die Städte Weiz und Gleisdorf bzw. die Energieregion Weiz selbst Träger des Projektes sein sollen, denn nur dadurch könnte ein Großteil der Personalkosten (zB bei der Abwicklung und Abrechnung) sowie der Organisation eingespart werden, was dem Projekt zugute käme.

- 1) Die Städte Weiz und Gleisdorf, die entweder selbst Geldgeber oder über die Energieregion Mitfinanciers sind, hätten keine Mitwirkungsmöglichkeiten hinsichtlich der Umsetzung des Projektes, wenn es an 3 Personen (private Firma) gebunden ist. Davon wären immerhin zwei Personen nicht aus der Region.

2) Ein künstlerischer Leiter (Herr Martin Krusche) würde alleine oder im engen Kreise bestimmen „was“ Kunst in unserer Region ist und sein sollte. Dadurch wäre der Vernetzung, der Einbringung von Partikularinteressen aller Mitgliedsgemeinden der Region und auch der Vielfalt der Künstler ein Riegel vorgeschoben.

3) Das Projekt würde sich damit selbst widersprechen, weil Vernetzung nicht nur das Ziel sondern auch das Werkzeug für die Ausrichtung der Kulturregion Weiz-Gleisdorf sein sollte. Die Meinungsvielfalt der Künstler wäre dadurch eingeschränkt und es gäbe nur eine Person bzw. einen Personenkreis aus der Region, der vorgibt was Kunst ist und sagt was geschehen soll.

Die Vernetzung, von der im Projekt gesprochen wird, hat anlässlich der Landesausstellung 2001 in großem Maße stattgefunden. Die Einbindung aller Künstlerinnen und Künstler war gegeben. Die Organisation war getragen von den Kulturabteilungen der Städte Weiz-Gleisdorf unter der Beteiligung der anderen Gemeinden.

4) Die bereits bestehenden Institutionen unserer Region erfüllen im Wesentlichen die Projektvorstellungen des Antragstellers Martin Krusche nach einem Kompetenzzentrum für Kunst und Kultur. Natürlich kann man

im Rahmen der Kulturbeauftragten und der Bürgermeister unserer Region diese Kompetenzen noch aufwerten. Das von Martin Krusche angedachte Kompetenzzentrum findet allerdings keinen Zuspruch in unserer Region, weil es große Teile der Kunstschaffenden ausschließt oder nicht zu integrieren vermag. Aufgrund seiner Vorgehensweise in der Vergangenheit wollen bedeutende Kulturträger und Kulturschaffende aus der gesamten Region nicht mit ihm zusammenarbeiten - auch nicht die „großen KünstlerInnen“ in seinem unmittelbaren Umfeld. Immer wieder ist bei der ergebnisorientierten Betrachtung seiner kunstpolitischen Projekte festgestellt worden, dass nur heiße Luft produziert wird und nicht von Mehrheiten getragen wird. Es ist zu befürchten, dass nur Projekte, die nach seinem Kunstverständnis definiert sind, zukünftig Förderung finden.

#### Lösungsvorschläge:

Projekt- und Entscheidungsträger der Kunst- und Kulturregion Weiz-Gleisdorf sollten unbedingt die Städte und ihre Kulturbeauftragten sein. Ein Konzept liegt bereits vor und trägt den Titel „Art by Artists“. Trägerschaften sind die Energieregion Weiz-Gleisdorf, die Städte des Regionalen Entwicklungsverbandes, deren Kulturbeauftragte und ein künstlerischer Beirat aus der Region. Damit würde demokratische Legitimation, Transparenz und Rücksichtnahme auf die Gesamtheit der Künstler unserer Region gewährleistet sein. Das Konzept könnte übernommen werden und sieht wie folgt aus:

Projektadresse ist die LAG-Managerin.

- Teilleistungen
- wie Bewerbung
  - Umsetzung
  - Zieldefinition
  - Kunstinitiativen

sollen von den Kulturorganisationen der Städte getragen werden.

### Ziele

- Aufbau eines regionalen Künstlerumfeldes
- Kooperation mit den Städten und Gemeinden der Energieregion
- Zusammenarbeit mit der „8-Städte-Kooperation“
- Ausnutzung von bereits bestehenden Kooperationen mit ausländischen Kunstpartnern und Partnerstädten
- Einbindung der Bildungsstrukturen und bestehenden Kunstschulen der Region
- Schaffung einer Anlaufstelle für alle Arten von künstlerischer Betätigung
- Bereitstellung von Präsentationsmöglichkeiten und Ausstellungsflächen auch für Künstler, die bis dato noch keine Stimme und Bedeutung hatten
- künstlerische Schulungen, Weiterbildungen

- Betreuungen und Hinführen von Kindern und Jugendlichen zu Kunst und Kultur
- Betreuung von Menschen, denen künstlerische Betätigung ein wichtiges Anliegen ist
- Durchführung von Wettbewerben und internationalen Workshops

Das Ergebnis des Projektes muss darstellbar und sichtbar sein. Letzten Endes tragen die Gemeinden, vertreten durch ihre Kulturbeauftragten, auch das finanzielle und organisatorische Rüstzeug für die Kulturprojekte. Sie sind mit ihren Bürgermeistern und Gemeindeämtern Meinungsbildner und Mitwirkende und sehen sich daher - als Teil des Ganzen - in die Verantwortung eingebunden.

#### Fazit:

Einzelne Personen oder auch ein Verein können diese Aufgabe nicht meistern. Sie können allerdings als Ideenbringer mitwirken. Die eingebrachten Projekte sollen bewertet und bezahlt werden – so wie die Kulturabteilung das sieht.

Die Verantwortung und der Umgang mit Fördermitteln sollen in den Händen der Gemeinden und der Region liegen, denn die Gemeinden tragen auch die Verantwortung für die Künstlerinnen und Künstler unserer Region.

Aus dieser Sicht könnte man mit den angestrebten Fördermitteln ein Vielfaches dessen schaffen, was in dem „Projekt Krusche“ angedacht ist. Große Summen

für Verwaltung, Abrechnung oder Organisation könnten durch die Mitwirkung der Gemeinden eingespart werden.

Die Kommunen dienen aufgrund ihrer Reichweite und ihrer Medien als Multiplikatoren. Das kann keine andere Institution erreichen. Die Region fühlt sich eingebunden und wirkt mit. Die Künstlerinnen und Künstler erhalten ihr künstlerisches Honorar nach Projekt und sind kulturbestimmender Teil der Kunstregion Weiz-Gleisdorf.

Der Verwaltungsaufwand (nichtkünstlerische Arbeit) bleibt kostenlos bei den Gemeinden.